

paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt). Redaktion: Chris Landmann (Chefredakteur), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newslettertexte auch auf www.paperpress.org.

Nr. 488 R

31. Dezember 2012

37. Jahrgang

In die Falle getappt!

von Ed Koch

Dass wir uns nicht missverstehen. Ich habe kein Mitleid mit **Peer Steinbrück**. Schon aber mit der SPD. Mit immer einem flotten Spruch auf den Lippen kommt ein Mann daher, der bislang alle seine wichtigen Wahlkämpfe verloren oder mitverloren hat. Sarkasmus kommt bei den Menschen nicht an, es sei denn in einer Kabarettssendung. Die Mehrheit der Deutschen hat sich auf das Mutti-Niveau begeben. Rhetorische Meisterleistungen erwartet ohnehin seit Schmidt, Wehner und Strauß niemand mehr. Heute ist es wichtiger, welche Krawatte ein Politiker trägt, oder welches Kleid eine Politikerin, als das, was sie von sich geben.

Natürlich kann Steinbrück Geld dafür nehmen, wenn er irgendwo Vorträge hält. Ob das nun auch bei einem Stadtwerk in dem Bundesland sein muss, in dem er einmal Ministerpräsident war, ist eine andere Frage. Geradezu ohnmächtig akzeptieren wir die Supergehälter von Wirtschafts- und Industriemanagern oder Backbossen. Wir sind machtlos, können nichts dagegen tun. Aber bei Politikern ist das anders, da geht es um unser Steuergeld, und da werden wir richtig fuchsig. Rund 20.000 Euro Gehalt sind für einen Normalbürger eine unvorstellbare und unerreichbare Größenordnung. Natürlich ist das, gemessen an den Millionenvergütungen der Top-und-Flop-Manager Peanuts Handelsklasse Drei.

Erst einmal wäre es sinnvoll, wenn eine wirklich unabhängige Kommission die Gehälter und Abgeordneten-Diäten festlegen würde. Und zwar einheitlich. Es kann nicht sein, dass Abgeordnete eines Bundeslandes wesentlich mehr oder weniger erhalten als anderswo. Politiker sollen ordentlich vergütet werden, damit sie unabhängig sind. Politiker sollen nach meiner Auffassung auch während ihrer Amtszeit keine anderen Einkünfte haben dürfen. Volle Konzentration auf das Mandat. Nun gut, so viel dazu.

Kommen wir auf **Peer Steinbrück** zurück. In Kenntnis der Tatsache, dass ihm eine Zeitung wie die Frankfurter Allgemeine (FAZ) keinen Gefallen mit einem Interview erweisen will, ließ er sich auf das Abenteuer ein. Am 29.12.2012 erschien das Interview, das es sich lohnt, in Gänze zu lesen:

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/peer-steinbrueck-im-gespraech-bundeskanzler-verdient-zu-wenig-12009203.html>

Viele Themen wurden in dem Interview besprochen, herausgekommen ist die Überschrift „*Bundeskanzler verdient zu wenig*“. Steinbrücks Antwort auf die Frage „*Verdient die Kanzlerin zu wenig?*“ macht gerade einmal einen Satz aus: „*Ein Bundeskanzler oder eine Bundeskanzlerin ver-*

dient in Deutschland zu wenig - gemessen an der Leistung, die sie oder er erbringen muss und im Verhältnis zu anderen Tätigkeiten mit weit weniger Verantwortung und viel größerem Gehalt.“ Vollkommen richtig. Steinbrück hat Recht. Darum geht es aber gar nicht, der FAZ am allerwenigsten. Steinbrück ist in die Falle getappt, hat der FAZ genau den Satz geliefert, den sie erwartet hat. Und schon ist eine neue Kampagne im Rollen. Die Zeitungskommentatoren zwischen Glücksburg und Sonthofen überschlagen sich förmlich zum Jahresende, als sei Steinbrück über die amerikanische Fiskalklippe gestolpert.

Und die FAZ legte gleich am 30.12.2012 nach. „*Steinbrück und das liebe Geld*“ lautet nun die Überschrift. „*Er wollte doch nur ein wenig provozieren. Kanzler verdienen zu wenig, sagte er. Und: Geld löse bei ihm keine erotischen Gefühle aus. Wahrscheinlich so wenig, wie Steinbrück in seiner eigenen Partei.*“ Das sind die Rezepte, mit denen man Kandidaten fertig macht, damit das Land auch weiterhin aus Muttis Brust das Schlafmittel saugen kann, das einen alles vergessen lässt, was diese beste Bundesregierung der letzten zweitausendundzwölf Jahre so anstellt.

„*Ist es nicht so, dass in der Wirtschaft zu viel und nicht in der Politik zu wenig verdient wird?*“, bohrt die FAZ in dem Interview nach. „*In der Wirtschaft werden Managergehälter in der Regel privatrechtlich ausgehandelt. Da hat die Politik nichts zu suchen. Die Politik kann höchstens Sorge dafür tragen, dass durch Steuern einiges abgeschöpft wird von den exorbitanten Gehältern, die teilweise gezahlt werden, oder diese nicht als Betriebsausgaben voll absetzbar sind.*“ Genau. Vollkommen richtig. Es nützt dem Peer aber nichts.

„**Peer Steinbrück** beklagt sich über die zu niedrige Vergütung des Jobs, den er im kommenden Herbst anstrebt, heißt es nun.“, schreibt die FAZ. Das ist das gewohnte Spiel. Man tritt eine Kampagne los und zieht sich danach auf die Beobachter- und Berichterstatter-Rolle zurück, wenn es um die Folgen geht. Hat sich Steinbrück beklagt? Nein, er hat festgestellt. Er hat keine Initiative angekündigt, im Falle seiner Wahl das Kanzlergehalt zu erhöhen.

„*Was hat er eigentlich gesagt, der Kanzlerkandidat der SPD?*“, fragt sich die FAZ scheinheilig selbst, zitiert noch einmal den Satz und gelangt zu der Erkenntnis: „*Und nun ist die Aufregung wieder einmal groß.*“ Ach was!?! Die FAZ hat ja mal mit dem Slogan „*Dahinter steckt immer ein kluger Kopf*“ geworben. Ich hoffe nur, dass die Leser dieser Zeitung nicht ganz so dumm sind, wie es die Redakteure von ihnen erwarten.

Was hätte Steinbrück antworten müssen, um sich dieses Jahresabschiedsdesaster zu ersparen? Er hätte beispielsweise sagen können: „*Meines Wissens hat sich Frau Merkel nie beklagt, ich werde das auch nicht tun, wenn ich Kanzler geworden bin!*“

Ein anderer Satz aus dem Interview ist weitestgehend untergegangen. Frage FAZ: „*Angela Merkel ist über die Reihen der Unionsanhänger hinaus angesehen. Wie wollen Sie gegen eine so beliebte Kanzlerin punkten?*“ Antwort Steinbrück: „*Auch ohne herausgehobenes Amt war ich in den letzten drei Jahren durchweg auf einem der ersten Plätze in der Bundesligatabelle der Politiker...**Angela Merkel** ist beliebt, weil sie einen Frauenbonus hat. Die weiblichen Wähler erkennen in hohem Maße an, dass sie sich in ihrer Partei, aber auch jenseits davon, besonders in Europa, seit langem durchsetzt.*“ Frauen wählen nicht Frauen, weil sie Frauen sind. Dazu ist das Solidarverhalten der Frauen untereinander nicht ausgeprägt genug. Die weiblichen Wähler würden in ihrer Mehrheit auch einen Mann wählen, wenn sie von diesem überzeugt sind. Mit dem Frauenbonus-Aspekt hat Steinbrück die Frauen eher verschreckt. „*Wahlen werden im Übrigen nicht nach Beliebtheit entschieden*“, sagt **Peer Steinbrück**, „*Bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2005 war ich beliebter als mein Herausforderer **Jürgen Rüttgers** von der CDU und habe trotzdem verloren.*“ Tja, lieber Peer, da sind Deine Chancen 2013 ja noch schlechter. Helfen würde übrigens, wenn **Andrea Nahles** Steinbrück nach einem missglückten Interview nicht noch in Schutz nähme. Was ist eigentlich das Gegenteil von Bonus?